

Große Anfrage der Fraktion der FDP**Auf dem Holzweg oder startklar für die Zukunft? – Zum Stand der Berufsorientierung in Bremen und Bremerhaven**

Ob Pflegefachkraft, Feuerwehrfrau oder Erzieher – die Wahl des künftigen Berufes zählt zu den wichtigsten und zugleich schwierigsten Entscheidungen im Leben junger Menschen. Hierbei tragen die Schulen eine zentrale Verantwortung, Jugendliche frühzeitig auf diesen Entscheidungsprozess vorzubereiten und ihnen Orientierung im vielfältigen Berufs- und Bildungsangebot zu geben.

Eine qualitativ hochwertige Berufsorientierung in den Schulen zeichnet sich nicht nur durch Kontinuität aus, sondern auch durch Kooperationen mit außerschulischen Akteuren wie Unternehmen, Kammern oder Hochschulen. Neben einer Berufsorientierung innerhalb der Schulen sind praktische Zeiten, die außerhalb der Schule stattfinden, ein essenzieller Baustein für die Berufsorientierung. Schülerinnen und Schüler erhalten durch Praktika die Möglichkeit, erste Erfahrungen und realistische Einblicke in die Arbeitswelt zu sammeln, ihre beruflichen Interessen zu festigen und Motivation für die weitere Schullaufbahn zu gewinnen.

Mit einer gut organisierten und wirkungsvollen Berufsorientierung werden jungen Menschen nicht nur Perspektiven und Aufstiegschancen geboten, sondern auch arbeitsmarktpolitisch wichtige Weichen gestellt, um den regionalen Fachkräftebedarf zu sichern.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

Berufsorientierung in den Schulen

1. Welche rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen gelten aktuell für die schulische Berufsorientierung in Bremen und Bremerhaven?
2. In welchen Fächern, Jahrgangsstufen und Schulformen ist die Berufsorientierung im Bremer Curriculum verbindlich verankert?

3. Wie stellt der Senat sicher, dass Berufsorientierung nicht nur punktuell, sondern kontinuierlich über mehrere Jahrgänge hinweg erfolgt?
4. Welche Akteure (zum Beispiel Agentur für Arbeit, Handelskammer, Handwerkskammer, Unternehmen, Hochschulen) sind aktuell in die schulische Berufsorientierung eingebunden und in welchem Umfang?
5. Welche Maßnahmen ergreift der Senat, um gezielt Nachwuchs für strategisch wichtige Engpassberufe (zum Beispiel MINT [Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik], Pflege, Handwerk, öffentlicher Dienst) zu gewinnen?
6. Welche Rolle spielt das duale Studium in der Berufsorientierung, und wie wird dieses Format im Vergleich zur klassischen Ausbildung oder zum Hochschulstudium beworben?
7. Wie werden Lehrkräfte auf die Durchführung und Begleitung der Berufsorientierung vorbereitet und fortgebildet?
8. Welche digitalen oder innovativen Formate (zum Beispiel Berufsorientierungsplattformen, Online-Praktika, digitale Berufsmessen) werden eingesetzt, um Schülerinnen und Schüler bei der Berufsfindung zu unterstützen?
9. Wie wird sichergestellt, dass auch Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf Zugang zu Angeboten der Berufsorientierung erhalten?
10. Wie wird sichergestellt, dass auch besonders leistungsstarke und hochbegabte Schülerinnen und Schüler im Rahmen der schulischen Berufsorientierung gezielt gefördert und bei der Wahl anspruchsvoller Bildungs- und Berufswege unterstützt werden?
11. Wie wird die Wirksamkeit der schulischen Berufsorientierung erfasst und bewertet? (Zum Beispiel durch Rückmeldungen, Evaluationen oder Übergangsdaten in Ausbildung und Beruf.)
12. Welche finanziellen Mittel stellt der Senat jährlich spezifisch für Maßnahmen der schulischen Berufsorientierung bereit?
13. Was wird seitens des Senats unternommen, um Bremen und Bremerhaven als attraktive Ausbildungsstandorte zu positionieren und Fachkräfte langfristig in der Region zu halten?

Berufsorientierung durch praktische Zeiten

14. Welche rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen gelten aktuell für Schülerbetriebspraktika in Bremen und Bremerhaven?

15. In welchen Fächern, Jahrgangsstufen und Schulformen sind Praktika verpflichtend vorgesehen?
16. Wie stellt der Senat sicher, dass ausreichend geeignete Praktikumsplätze zur Verfügung stehen?
17. Durch welche Maßnahmen stellt der Senat sicher, dass alle Schülerinnen und Schüler – unabhängig von sozialem Hintergrund, Geschlecht oder Migrationsgeschichte – gleich gute Chancen auf hochwertige Praktikumsplätze haben?
18. Wie wird die inhaltliche Qualität von Praktika überprüft, um sicherzustellen, dass Schülerinnen und Schüler nicht nur Hilfsarbeiten erledigen, sondern echte Einblicke in berufliche Tätigkeiten erhalten?
19. Welche Unterstützung erhalten Schulen, Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler bei der Suche, Auswahl und Betreuung von Praktikumsplätzen?
20. In welchem Umfang und auf welche Weise werden Unternehmen, Kammern, Verbände sowie weitere Organisationen in die Planung, Durchführung und Weiterentwicklung von Schülerbetriebspraktika einbezogen?
21. Gibt es Einschränkungen, in welchem Bundesland oder in welcher Region Praktika absolviert werden dürfen? Falls ja: Wie werden diese begründet?
22. Welche Maßnahmen plant der Senat, um die Qualität und den Nutzen der Praktika für die Schülerinnen und Schüler zu sichern und weiterzuentwickeln?
23. Wie bewertet der Senat den Beitrag von Schülerbetriebspraktika zur Berufsorientierung und -findung, und welche Schlussfolgerungen zieht er daraus für die zukünftige Ausgestaltung?

Fynn Voigt, Thore Schäck und Fraktion der FDP